

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 5, 2024

1. Niedersachsen

1.1. Innenministerin verbietet „Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft“

Das Land Niedersachsen hat den Verein „Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft“ (DMG) in Braunschweig verboten und aufgelöst. Zur Durchsetzung des Verbots und zur weiteren Aufklärung der Strukturen der DMG seien acht Objekte in Braunschweig und Berlin durchsucht worden, teilte das niedersächsische Innenministerium mit.

„Das Verbot der DMG ist ein harter Schlag gegen die salafistische Szene in Niedersachsen und darüber hinaus“, sagte Innenministerin Daniela Behrens (SPD). Mit der von ihr verbreiteten Ideologie habe die DMG „in aggressiv kämpferischer Weise“ die Bildung von Parallelgesellschaften und die Ungleichbehandlung von Frauen gefördert. Zugleich habe sie Gedanken der Höherwertigkeit der Scharia, der Überlegenheit von Muslimen, der Intoleranz gegenüber anderen Religionen und Antisemitismus propagiert. Die DMG richte sich „gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung“. „Mit den Verbotsmaßnahmen nehmen wir den deutschsprachigen salafistischen Predigern ihre wichtigsten Plattformen zur Verbreitung ihrer extremistischen Ideologie und schwächen die Szene damit empfindlich“, so Behrens.

Das Verbot untersagt jede Fortführung der Vereinsaktivität jede Aktivität Dritter zugunsten des Vereins. Kennzeichen der DMG dürfen nicht mehr verbreitet oder öffentlich verwendet werden. Verstöße gegen das Vereinsverbot und das Kennzeichenverbot sind strafbewehrt. Das Vereinsvermögen wurde beschlagnahmt und eingezogen.

Betroffen sind auch die Onlineangebote der DMG, die laut Ministerin über eine enorme Reichweite in den Sozialen Medien verfügten. So habe die DMG zuletzt etwa 33.000 Follower auf TikTok gehabt und rund 80.000 Abonnenten bei YouTube. Weitere Aktivitäten habe es bei Instagram und Telegram gegeben. Alle Plattformbetreiber seien aufgefordert worden, die Kanäle der DMG schnellstmöglich stillzulegen, sagte Behrens ([mehr](#)).

1.2. Religionspädagogin Abdel-Rahman: Islamischer Religionsunterricht ist in der Krise

Der Islamische Religionsunterricht steckt nach Ansicht der Osnabrücker Religionspädagogin Annett Abdel-Rahman in der Krise. In Niedersachsen fänden ausgebildete Lehrkräfte keine Stelle, sagte Abdel-Rahman dem Evangelischen Pressedienst (epd). In der Folge wollten immer weniger junge Menschen das Fach studieren. Obwohl einige Schulen Bedarf anmeldeten, würden Stellen aus Geldmangel nicht ausgeschrieben. Andere Schulen weigerten sich, Islamischen Religionsunterricht anzubieten, weil sie nicht zum Anziehungspunkt für muslimische Schülerinnen und Schüler werden wollten.

In den meisten anderen Bundesländern stagniere die Entwicklung ebenfalls, sagte die Junior-Professorin am Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück. In den Ministerien „wird sich nicht mehr gekümmert oder man blockiert und bremst“. Niedersachsen etwa habe die Stelle der Landeskoordinatorin für den Islamischen Religionsunterricht, die sie selbst bis vor einem Jahr innegehabt habe, bislang nicht wiederbesetzt. Eine Fachberatung existiere nicht. Nordrhein-Westfalen erweckte den Anschein, als ob das Land nach Auslaufen des Modellprojekts mit bekenntnisorientiertem Unterricht im kommenden Jahr wieder zum Islamkunde-Unterricht zurückkehren werde. In Bayern werde immer noch nur Islamkunde angeboten, so Abdel-Rahman. Da bekenntnisorientierter Religionsunterricht in Artikel 7 des Grundgesetzes verankert sei, empfänden viele Muslime die Situation als diskriminierend. „Wenn wir wollen, dass die Muslime aktive Bürger der Gesellschaft werden, müssen wir ihnen Wertschätzung entgegenbringen.“

Laut Kultusministerium besuchen im laufenden Schuljahr 3.362 Schülerinnen und Schüler an 47 Schulen den Islamischen Religionsunterricht in Niedersachsen und werden dort von 40 ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet. Die Zahl der muslimischen Kinder und Jugendlichen an öffentlichen Schulen ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich von 49.130 im Schuljahr 2013/14 auf 84.535 im laufenden Schuljahr gestiegen ([mehr](#)).

1.3. „Landesverband für das Ezidentum Niedersachsen-Bremen“ gegründet

Eziden aus Niedersachsen und Bremen haben einen „Landesverband für das Ezidentum Niedersachsen-Bremen“ gegründet. Dazu hätten sich zehn Gemeinden zusammengetan, teilte der Verband in Hannover mit.

„Mit großer Freude und Dankbarkeit geben wir die Gründung unseres Landesverbandes für das Ezidentum Niedersachsen-Bremen bekannt. Der neue Verband hat das Ziel, die Interessen der Ezidinnen und Eziden in Niedersachsen und Bremen zu vertreten, zu wahren und zu schützen“, sagte der Vorsitzende der Ezidischen Akademie in Hannover, Hatab Omar. Der Verband werde zukünftig als

zentrale Anlaufstelle fungieren und sich für die Belange der Ezidinnen und Eziden einsetzen. Auf Bundesebene werde man „sehr eng mit dem Zentralrat der Eziden in Deutschland (ZĒD) zusammenarbeiten“. Die Tür in den Verband stehe „für alle Ezidinnen und Eziden und ezidische Organisationen“ offen, unabhängig davon, „welche Farben sie vertreten.“

Shekh Esmat Barimou, Mitbegründer des Verbands, ergänzte: „Als große und ständig wachsende religiöse Minderheit in Niedersachsen und Bremen war die Gründung eines zentralen Verbandes aus unserer Sicht absolut notwendig. Durch die Gründung dieses Verbandes können wir Aktivitäten zur Förderung der Interessen des Ezidentums besser koordinieren und uns so besser auf die wichtigsten Fragen fokussieren.“ Wichtige künftige Aktivitäten des Verbands seien neben der Interessenvertretung „die Entwicklung eines Unterrichtscurriculums zur Schaffung eines Lehrfaches ‚Ezidisch‘ im Sinne des Art. 7 Abs. 3 Grundgesetz“, der interreligiöse und interkulturelle Austausch, „ezidisch fundierte Seelsorge“ sowie die „Entstehung von ezidischen Glaubens- und Begräbnisstätten“ ([mehr](#)).

Bereits seit 2018 besteht der „Landesverband der Ēziden in Niedersachsen“ mit Sitz in Oldenburg. Ihm gehören nach eigener Darstellung zurzeit neun Mitgliedsvereine an ([mehr](#)).

1.4. Was sonst noch war

- Theologe Wolfgang Reinbold zu Gast bei der „Kinder-Universität“ der Universität Göttingen: Warum hießen die ersten Menschen Adam und Eva? ([mehr](#))
- Jens Lehmann neuer Präsident des Landeskirchenamtes der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers ([mehr](#))
- Verfassungsschutz stellt Jahresbericht 2023 vor: „Rechtsextremismus bleibt größte Gefahr und weiterhin hohe Bedrohungslage durch Islamismus“, AfD in Niedersachsen weitere zwei Jahre zum rechts-extremistischen Verdachtsobjekt bestimmt ([mehr](#))
- Niedersächsischer Staatspreis für Journalistin und ezidische Menschenrechtsaktivistin Düzen Tekkal aus Hannover ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. CLAIM-Lagebericht: Deutlicher Anstieg antimuslimischer Übergriffe

Die Zahl antimuslimischer Vorfälle in Deutschland hat nach Angaben des Netzwerks „CLAIM“ 2023 stark zugenommen. Wie die „Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit“ in Berlin mitteilte, wurden 1.926 Fälle registriert. Damit habe sich die Zahl im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt.

Unter den Fällen seien vier versuchte Tötungen und knapp 90 Angriffe auf religiöse Einrichtungen wie Moscheen und Friedhöfe, teilte die Allianz mit. Insbesondere nach dem terroristischen Angriff der HAMAS auf Israel im Oktober 2023 sei die Zahl antimuslimischer Vorfälle stark gestiegen.

Die „CLAIM“-Allianz ist ein Netzwerk von 50 muslimischen und nicht-muslimischen Akteuren der Zivilgesellschaft. Ihr Lagebild wurde unter anderem auf der Grundlage von Zahlen von Melde- und Beratungsstellen sowie Polizeimeldungen erstellt. Die Allianz wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert ([mehr](#)).

2.2. Jerusalem: Türkischer Imam nach Messerangriff von israelischer Polizei erschossen

Weithin unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit ist in Jerusalem ein Mitglied einer Reisegruppe des türkischen Religionsministeriums Diyanet nach einem Attentatsversuch von israelischen Polizisten erschossen worden.

Nach Medienberichten hatte sich der 34-jährige Imam Hasan Saklanan aus Şanlıurfa am 30. April in der Jerusalemer Altstadt unter einem Vorwand von seiner Reisegruppe entfernt und ein Messer gekauft. Dann griff er in einer engen Gasse zwei patrouillierende israelische Soldaten von hinten an, offenbar in der Absicht, sie zu töten. Ein Polizist wurde dabei leicht verletzt. Die israelische Polizei veröffentlichte später das Video einer Überwachungskamera, auf dem die Tat zu sehen ist ([mehr](#)).

Die palästinensische Terrororganisation HAMAS begrüßte das Attentat. Hasan Saklanan sei einer „der heldenhaften Märtyrer der Operation Al Aqsa-Flut“, sagte ein Hamas-Funktionär nach Medienberichten bei der Beerdigung in der Türkei. „Wir betrachten unseren Bruder Hassan als einen der heldenhaften Märtyrer der Aqsa-Flut, die am Morgen des 7. Oktober gezündet wurde. Wir sind stolz auf ihn und glauben, dass sein Ruhm jeden Tag steigen wird“ ([mehr](#)). Die Beerdigungszeremonie wurde vom obersten Repräsentanten der Diyanet von Şanlıurfa geleitet, Mufti Ramazan Tolan. Zugleich startete das Mufti-Amt der Provinz eine Hilfskampagne zur finanziellen Unterstützung der Familie des „Märtyrers“ ([mehr](#)).

Ähnliche Reaktionen gab es auch in Deutschland. Eine Moschee der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs in Bielefeld-Jöllenbeck teilte ein Video von der Beerdigung des Imams mit der Überschrift „Der Märtyrer von Jerusalem Hasan Saklanan wurde beige setzt“. Nach einer Anfrage des Publizisten Eren

Güvercin hat die Moschee das Video mittlerweile gelöscht ([mehr](#)). Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Volker Beck, stellte Strafanzeige gegen die Verantwortlichen ([mehr](#)).

2.3. Was sonst noch war

- Nordrhein-Westfalen: Elternnetzwerk und Lehrkräfte fordern Stopp einer Befragung der Universität Münster (Prof. Khorchide) zum Thema „Islamischer Religionsunterricht an Schulen in Nordrhein-Westfalen“: „erhebliche Mängel“ ([mehr](#))
- DITIB Hessen klagt gegen das Schulfach „Islamkunde“ ([mehr](#))
- Pressekonferenz des DITIB Bundesverbands: Rückblick auf 2023 und Ausblick auf 2025 ([mehr](#))
- Neu gegründete DAVA-Partei (s. Mitteilungen 2/2024, S. 1) verpasst mit 0,4 Prozent der Stimmen Einzug in das Europaparlament ([mehr](#))
- Saudi-Arabien: Mehr als 1.300 Hitzetote bei der Pilgerfahrt nach Mekka ([mehr](#)).

3. Meinungsforschung

Die Bertelsmann-Stiftung hat eine Sonderauswertung des Religionsmonitors 2023 zu antimuslimischen Vorbehalten vorgelegt. Danach gibt es „tief verwurzelte antimuslimische Vorurteile in Deutschland“:

- 74 Prozent der Befragten meinen, dass Muslime und Musliminnen lieber unter sich bleiben.
- 70 Prozent denken, dass sie gern in eigenen Stadtteilen leben.
- 58 Prozent haben ein Problem damit, in einen Stadtteil zu ziehen, in dem viele Muslime leben.
- 75 Prozent meinen, der Islam gebe islamistischen Terroristen starken Rückhalt.
- 57 Prozent meinen, er rufe zu Gewalt auf.

„Diese Gleichsetzung der Weltreligion Islam mit der religiös verbrämten Ideologie von Islamist:innen ist fatal“, sagte die Religionsexpertin der Bertelsmann Stiftung, Yasemin El-Menouar. „Sie erklärt den Generalverdacht, dem viele Muslim:innen nach jeder furchtbaren islamistischen Terrortat ausgesetzt sind.“ El-Menouar plädiert dafür, „die Bekämpfung des Islamismus präziser im Bereich der Extremismusprävention zu verorten und diese nicht wie ein allgemeines islampolitisches Thema zu behandeln.“ Muslimische Verbände und Gemeinden seien gefordert, sich aktiv von islamistischen Strömungen abzugrenzen und genauer zu prüfen, wer in ihren Häusern predigt.

Zugleich lege die Auswertung differenzierte Haltungen offen:

- 83 Prozent der Befragten wissen, dass es streng religiöse und weniger religiöse Muslime gibt.
- 85 Prozent ist bewusst, dass Handlungen einzelner Muslime häufig der ganzen Gruppe zugeschrieben werden.
- 60 Prozent stimmen der Aussage zu, „dass Muslime häufig benachteiligt oder angefeindet werden.“
- 69 Prozent glauben, dass Muslime Rassismus erfahren.

„Dieser wichtige Befund unterstreicht, wie relevant und wirksam Bemühungen sind, die eine differenzierte Sichtweise auf muslimisches Leben in Deutschland vermitteln“, so El-Menouar. Interreligiöse Bildungsprojekte könnten dazu ebenso beitragen wie die Medien, indem sie häufiger Gelingendes im Zusammenleben aufgreifen. „Wir brauchen mehr Erzählungen über die Normalität muslimischen Lebens, die den kursierenden Negativbildern etwas entgegensetzen. Wer versteht, warum für eine religiöse Gruppe bestimmte Alltagsregeln oder religiöse Feiertage wichtig sind, kann eher Verständnis und Toleranz entwickeln“ ([mehr](#)).

4. Video

Antisemitismus – Was ist das?

Religionen im Gespräch, Basics (5)

Gast: Juliane Wetzel, Technische Universität Berlin

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

5. Literatur: Neuerscheinungen

Moin & Salam. Muslimisches Leben in Deutschland. Eine Reportage von Julius Matuschik und Raida Chbib, Bielefeld 2024

S. Ross, Qur'an Commentary and the Biblical Turn. A History of Muslim Exegetical Engagement with the Biblical Text, Berlin 2024.

Hannover, den 24.6.2024

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.